

Niederschrift

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am 29.10.2019

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,

Marktplatz 2,

06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:17 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Yvonne Winkler Ausschussvorsitzende.

Fraktion MitBürger & Die PARTEI

Dr. Bodo Meerheim Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), **Thomas Schied**

Teilnahme bis 18:49 Uhr

Christoph Bernstiel CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Steve Mämecke CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Dr. Annette Kreutzfeldt Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN,

Vertreterin für Herrn Helmich

Beate Thomann Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Andreas Heinrich AfD-Stadtratsfraktion Halle **Kay Senius** SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Dr. Martin Ernst Fraktion Hauptsache Halle

Torsten Schaper Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Jana Kozvk Sachkundige Einwohnerin Dirk Neumann Sachkundiger Einwohner Anne-Katrin Paschke Sachkundige Einwohnerin Dr. Prof. Wolfgang Paul Sachkundiger Einwohner Claudia Rohrbach Sachkundige Einwohnerin Sachkundiger Einwohner, Lorenz Elias Schlever

Teilnahme bis 18:49 Uhr Nikolas Schröder Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Erik Weitz

Dr. Bernd Wiegand Oberbürgermeister

René Rebenstorf Beigeordneter Geschäftsbereich Stadtentwicklung und

Umwelt

Lars Loebner Leiter Fachbereich Planen

Leiterin Dienstleistungszentrum Wirtschaft, Dr. Petra Sachse

Wissenschaft und Digitalisierung

Leiter Team Verkehrsentwicklung und Nahverkehr Waldemar Roesler

Protokollführerin Sarah Lange

Gast:

Geschäftsführer IT-Consult Halle GmbH Jörg Siebenhüner

Entschuldigt fehlten:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dennis Helmich

Sören Steinke Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung wurde von **Frau Winkler**, der Vorsitzenden, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Meerheim schlug vor, den TOP 5.2 und den TOP 5.4 zu vertagen. Zum TOP 5.5 sagte er, dass in der heutigen Sitzung noch kein Beschluss gefasst werden sollte. Er bat die Verwaltung um Vorstellung der Ergebnisse.

Des Weiteren sagte er zum TOP 6.3, dass laut Zuständigkeitsordnung der Ausschuss nicht zuständig ist.

Herr Senius zog den Antrag TOP 6.1 zurück.

Herr Bernstiel fragte, weshalb der TOP 5.2 vertagt werden soll.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass der federführende Ausschuss noch kein Votum abgegeben hat und daher die nachfolgenden Ausschüsse nicht darüber befinden können.

Herr Bernstiel fragte, ob die Vorlage zum IT-Konzept auch im Stadtrat vertagt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bejahte dies.

Herr Schied fragte, ob der Änderungsantrag zum TOP 6.4 zulässig ist.

Herr Weitz sagte, dass jeder Verkehrsteilnehmer den gleichen Stellenwert hat und somit bei der Betrachtung mit einfließen sollte.

Herr Schied sagte, dass der Änderungsantrag als eigenständiger Antrag eingebracht werden sollte.

Herr Weitz sagte, dass er den Änderungsantrag aufrechterhält.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- 3. Bestimmung der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung
- 4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 25.06.2019
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Bestellung einer Protokollführerin Vorlage: VII/2019/00172
- 5.2. IT macht Schule IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2019/05270 → vertagt
- 5.2.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
 Vorlage: VI/2019/05273 → vertagt
- 5.2.2. Änderungsantragsantrag der SPD-Fraktion zu IT macht Schule IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) Vorlagen-Nummer: VI/2019/05270 Vorlage: VII/2019/00423 → vertagt
- 5.2.3. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) VI/2019/05270 Vorlage: VII/2019/00273 → vertagt
- 5.3. Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2019/04738
- 5.4. Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 Änderung des Aufstellungsbeschlusses

 Vorlage: VII/2019/00215 → vertagt
- 5.5. Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale) Vorlage: VII/2019/00436
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230)
 Vorlage: VI/2019/05188 → zurückgezogen
- 6.1.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur erneuten Beschlussfassung über die Vorlage Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung, Teil 2 Änderung des Aufstellungsbeschlusses (VI/2018/04230) Vorlage: VI/2019/05259 → erledigt

- 6.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorrang für Erbbaurecht Vorlage: VI/2019/05205
- 6.2.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorrang für Erbbaurecht (VI/2019/05205) Vorlage: VII/2019/00540
- 6.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Marktsatzung
 Vorlage: VII/2019/00278 → Nichtbehandlung
- 6.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Entwicklung einer autofreien Altstadt Vorlage: VII/2019/00276
- 6.4.1. Änderungsantrag des Sachkundigen Einwohners Erik Weitz (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Entwicklung einer autofreien Altstadt (VII/2019/00276) Vorlage: VII/2019/00536
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Digitalstrategie der Stadt Halle (Saale)
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen
- zu 3 Bestimmung der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung

Frau Winkler fragte nach Vorschlägen. Sie schlug Herrn Schaper vor.

Es gab keine weiteren Vorschläge, sodass Frau Winkler um Abstimmung bat.

zu 3 Bestimmung der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Der Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung benannte **Herrn Torsten Schaper**, Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) als stellvertretenden Ausschussvorsitzenden.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 25.06.2019

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 25. Juni 2019, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Bestellung einer Protokollführerin Vorlage: VII/2019/00172

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Frau Winkler um Abstimmung der Vorlage bat.

zu 5.1 Bestellung einer Protokollführerin

Vorlage: VII/2019/00172

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

<u>Abstimmungsergebnis Stadträtinnen</u> <u>und Stadträte:</u>

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung bestellt der Oberbürgermeister Frau Sarah Lange als Protokollführerin. Die Stellvertretung wird durch das Team Ratsangelegenheiten abgesichert.

zu 5.3 Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) – Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2019/04738

Herr Rebenstorf und Herr Loebner führten in die Vorlage der Verwaltung ein und begründeten diese.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass Frau Winkler um Abstimmung der Vorlage bat.

zu 5.3 Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) – Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2019/04738

Einwohnerinnen und Einwohner: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen

Abstimmungsergebnis sachkundige

<u>und Stadträte:</u> einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

- 1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) neuaufzustellen.
- 2. Der Geltungsbereich der Neuaufstellung umfasst das gesamte Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale). Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 135 km².
- zu 5.5 Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)

Vorlage: VII/2019/00436

Herr Rebenstorf führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Roesler ergänzte die Ausführungen.

Herr Senius bezog sich auf Seite 9 und fragte, ob die mit einem Plus versehenen Maßnahmen besonders attraktiv sind.

Herr Roesler bejahte dies.

Herr Senius bezog sich auf den City-Tag und fragte, ob dieser auf einzelne Samstage begrenzt ist und ob dabei Grundkosten anfallen.

Herr Roesler verneinte dies.

Frau Paschke fragte, ob eine Kaufkraftverschiebung beim City-Ticket prognostiziert werden kann.

Roesler antwortete, dass es keine Erfahrungswerte gibt.

Herr Dr. Meerheim bat, zur 2. Lesung die Möglichkeit eines Sozialtickets mit zu betrachten. Des Weiteren fragte er nach dem Umsetzungsstand des 5-Euro-Zuschusses beim Halle-Pass.

Herr Roesler sicherte eine Mitbetrachtung und eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Frage zu.

Frau Kozyk fragte, welches Ziel mit der Beschlussvorlage verfolgt wird. Sie bezog sich auf die 55 Prozent Nichtnutzer des ÖPNV und fragte, wie weit dieser prozentuale Anteil mit den Maßnahmen minimiert werden soll. Des Weiteren fragte sie, ob es im Zuge der Vorlagenerstellung Bürgerbefragungen gegeben hat.

Herr Roesler antwortete, dass es vor 2 Jahren eine umfangreiche Bürgerbefragung (6.000 Meldungen) gegeben hat. Aus den Ergebnissen der Bürgerbefragungen wurden die Attraktivierungsmaßnahmen abgeleitet. Das Ziel soll es sein, noch mehr Fahrgäste zu gewinnen.

Herr Bernstiel fragte, wie die Maßnahmen finanziert werden sollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass ein Deckungsvorschlag in den Haushaltsplan mit eingearbeitet wird.

Herr Senius fragte, wie in vergleichbaren Städten die ÖPNV-Nichtnutzer-Quote ist.

Herr Roesler antwortete, dass Halle im Vergleich zu anderen deutschen Städten einen sehr geringen Nichtnutzer-Anteil verzeichnet.

Frau Rohrbach teilte mit, dass die City-Gemeinschaft von keiner Anfrage zur Finanzierung Kenntnis hat.

Herr Roesler sagte, dass vor 2 Jahren eine Bitte zur Finanzierungsunterstützung an die City-Gemeinschaft gesandt worden ist.

Frau Rohrbach bezog sich auf die Kindermitnahme auf Seite 14. Sie fragte, ob die Kindermitnahme bei Abo-Tickets nur auf Kinder der Stadt Halle (Saale) beschränkt ist.

Herr Roesler antwortete, dass die Kindermitnahme generell im Ticketpreis involviert sein wird.

Frau Rohrbach fragte, ob die Schulcard nach dem 3. Jahr noch notwendig ist oder durch den Schülerausweis abgelöst werden kann.

Herr Roesler antwortete, dass der Schülerausweis die Voraussetzung ist, um eine Schülercard zu erhalten. Die Schülercard soll auf die Gold-Card umgestellt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass zuerst diskutiert werden sollte, ob eine der vorgestellten Maßnahmen umgesetzt werden soll. Sollte eine der Maßnahmen eine Mehrheit im Stadtrat finden, ist zu klären, wie eine Finanzierung möglich ist.

Herr Schied sagte, dass diese Vorgehensweise nicht in der Beschlussvorlage steht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen wertungsfrei diskutiert werden sollen. Die Ergebnisse werden dann in die Beschlussvorlage eingearbeitet und dem Stadtrat vorgelegt.

Herr Prof. Dr. Paul fragte, auf welcher Grundlage die Bewertungen der Maßnahmen getroffen worden.

Herr Roesler antwortete, dass die Bewertungen aufgrund der Befragungsergebnisse und Erfahrungen anderer Bereiche und Städte erfolgt sind.

Herr Schaper fragte, ob Park-and-Ride-Zonen sowie Mehrzweckabteile mitbetrachtet wurden.

Herr Roesler antwortete, dass es ein Park-and-Ride-Konzept gibt, welches aktuell überarbeitet wird. Weiterhin teilte er mit, dass im Beschaffungskonzept der HAVAG eine Bessergestaltung der Mehrzweckabteile diskutiert wird.

Herr Heinrich fragte, ob es eine Studie zur 10-Minuten-Taktung der Straßenbahnen gibt.

Herr Roesler antwortete, dass die Erfahrungen anderer Städte zeigen, dass sich die Nutzung der Straßenbahnen erhöht.

Frau Winkler fragte, ob die steigende Nutzung bei Einführung eines kostenlosen Schülertickets mitbetrachtet wurde.

Herr Roesler bejahte dies.

Frau Paschke fragte, wie sich der Nahverkehr entwickeln wird, wenn keines der genannten Attraktivierungsmaßnahmen umgesetzt wird. Des Weiteren fragte sie, ob der Nahverkehr in der Innenstadt mehr genutzt wird.

Herr Roesler antwortete, dass die Verteilung der Nutzer von deren Lebensumständen abhängt. Daher kann man sich nicht auf ein bestimmtes Gebiet beziehen. Für die Entwicklung des Nahverkehrs ohne Maßnahme kann keine Prognose getroffen werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5.5 Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in

Halle (Saale)

Vorlage: VII/2019/00436

<u>Abstimmungsergebnis:</u> vertagt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat nimmt den Vergleich über die Voraussetzungen und Auswirkungen der unabhängig voneinander umzusetzenden Maßnahmen zur Kenntnis und beschließt im Wege der Einzelpunktabstimmung eine der nachfolgenden Varianten:

- a) Kostenloses Schülerticket,
- b) Ticketfreier City-Tag,
- c) 365-Euro-Ticket (Wiener Modell),
- d) 10-Minuten-Grundtakt oder
- e) Fahrscheinloser Nahverkehr für Azubis.

Beschlossen ist die Variante, welche die meisten Stimmen erhalten hat.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorrang für Erbbaurecht Vorlage: VI/2019/05205

zu 6.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorrang für Erbbaurecht (VI/2019/05205) Vorlage: VII/2019/00540

Frau Thomann brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Senius brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf den §115 KVG. Dort ist die Verfahrensweise gesetzlich klar geregelt: Die Kommune darf Vermögensgegenstände, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braucht, veräußern.

Herr Bernstiel teilte mit, dass er und Herr Mämecke sich bei der Abstimmung enthalten werden. Des Weiteren sagte er, dass seiner Meinung nach der Änderungsantrag dem Antrag ähnelt und bat daher um Einschätzung der Verwaltung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass bei einem Beschluss, mit oder ohne Änderungsantrag, die gesetzliche Grundlage als höherrangiges Recht bestehen bleibt.

Frau Thomann sagte, dass die Reihenfolge der Vorgehensweise entscheidend ist. Ihre Fraktion möchte, dass der Finanzausschuss die Entscheidung trifft, ob die Grundstücke veräußert oder ob Investitionen und Proiekte durchgeführt werden sollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass der Finanzausschuss immer der Wertgrenze entsprechend entscheidet.

Herr Senius sagte, dass der Änderungsantrag in der Ausrichtung unterschiedlich ist. Er fragte, ob der Änderungsantrag rechtswidrig ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bejahte dies.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass laut KVG, die Stadt verkaufen darf und nicht muss. Es gibt keine gesetzliche Regelung, die eine gesetzliche Beschränkung untersagt. Daher ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seiner Meinung nach die bessere Entscheidung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand warnte vor der Einschränkung. Es ist wichtig mit Investoren frei verhandeln zu können.

Herr Heinrich sagte, dass der Nutzen für die Stadt Halle so groß wie möglich sein sollte und neue Investoren gewonnen werden sollten.

Herr Neumann sagte, dass Erbbaupachtzinsen als Einmalbetrag gezahlt werden können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass Frau Winkler um Abstimmung des Änderungsantrages bat.

zu 6.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorrang für Erbbaurecht (VI/2019/05205) Vorlage: VII/2019/00540

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen

und Stadträte:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Ab dem Haushaltsjahr 2020 werden städtische Grundstücke grundsätzlich nach Möglichkeit nicht mehr verkauft, sondern und stattdessen vorrangig über die Bestellung von Erbbaurechten an Dritte vergeben. Ausgenommen davon ist der Verkauf von Arrondierungsflächen bis zu 150 m². Über weitere Ausnahmen vom Verzicht auf Grundstücksverkäufe entscheidet das jeweils zuständige Gremium entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Halle.

Frau Winkler bat um Abstimmung des Antrages.

zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorrang für Erbbaurecht Vorlage: VI/2019/05205

<u>Abstimmungsergebnis sachkundige</u>

<u>Einwohnerinnen und Einwohner:</u> mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen

und Stadträte: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Ab dem Haushaltsjahr 2020 werden städtische Grundstücke grundsätzlich nicht mehr verkauft und stattdessen über die Bestellung von Erbbaurechten an Dritte vergeben. Ausgenommen davon ist der Verkauf von Arrondierungsflächen bis zu 150 m². Über weitere Ausnahmen vom Verzicht auf Grundstücksverkäufe entscheidet das jeweils zuständige Gremium entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Halle.

zu 6.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Entwicklung einer autofreien Altstadt

Vorlage: VII/2019/00276

zu 6.4.1 Änderungsantrag des Sachkundigen Einwohners Erik Weitz (Fraktion Mit-Bürger & Die PARTEI) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Entwicklung einer autofreien Altstadt (VII/2019/00276) Vorlage: VII/2019/00536

Herr Schied brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Weitz brachte seinen Änderungsantrag ein und begründete diesen.

Herr Bernstiel verwies auf den übertragenen Wirkungskreis bezüglich der Verkehrsregelung. Er sagte, dass die Verkehrskonzeption der autoarmen Altstadt eine gute Lösung für Halle ist und dass ein Ausgleich zwischen allen Verkehrsteilnehmern geschaffen werden muss. Des Weiteren merkte er an, dass eine autofreie Altstadt negative Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Bereiche haben wird. Seine Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Herr Schied sagte, dass auf das Ziel der autofreien Altstadt längerfristig hingearbeitet werden soll. Es geht darum, Serviceideen zu finden, auch für Händler, und die Innenstadt attraktiver zu gestalten. Er brachte das Beispiel von Kopenhagen an.

Herr Senius fragte, wie die Finalisierung und die Legitimation des Masterplans umgesetzt werden.

Herr Dr. Meerheim antwortete, dass die Stadtverwaltung beauftragt wird, einen Masterplan zu erarbeiten, der dann dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Des Weiteren sagte er, dass der Änderungsantrag unzulässig ist, da er einen anderen Sachverhalt behandelt. Der Antrag müsste separat eingebracht werden.

Herr Schaper sagte, dass seiner Meinung nach die Erarbeitung eines Masterplans nicht notwendig ist.

Herr Heinrich sagte, dass das Ansinnen des Antrages, seiner Meinung nach, unsozial ist. Viele Bewohnerinnen und Bewohner sind auf ihre Autos angewiesen.

Frau Thomann sagte, dass ein Masterplan die Möglichkeit bietet, auf künftige Entwicklungen, wie den zunehmenden Lieferverkehr, einzugehen und diese zu diskutieren.

Frau Dr. Kreutzfeldt sagte, dass der Lieferverkehr optimiert und der ruhende Verkehr in der Altstadt abgeschafft werden muss.

Herr Schied sagte, dass ein Masterplan ein informelles Instrument ist, was fortgeschrieben werden kann

Herr Weitz merkte an, dass es nicht sinnvoll ist, einen Masterplan ausschließlich für den Kfz-Verkehr zu entwickeln. Herr Bernstiel stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte und Abstimmung des Antrages.

Frau Winkler bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Frau Winkler bat um Abstimmung des Änderungsantrages.

zu 6.4.1 Änderungsantrag des Sachkundigen Einwohners Erik Weitz (Fraktion Mit-Bürger & Die PARTEI) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Entwicklung einer autofreien Altstadt (VII/2019/00276) Vorlage: VII/2019/00536

<u>Abstimmungsergebnis sachkundige</u> Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

In den Masterplan mit dem Ziel einer "autofreien Altstadt" soll als weiteres Ziel der Ausschluss des durchgehenden Radverkehrs eingehen.

zu 6.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Entwicklung einer autofreien Altstadt

Vorlage: VII/2019/00276

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich abgelehnt

<u>Abstimmungsergebnis Stadträtinnen</u> und Stadträte:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt einen Masterplan mit dem Ziel einer "autofreien Altstadt" zu erarbeiten. Darin sollen kurz-, mittel- und langfristige Ziele und Maßnahmen aufgeführt werden, die eine schrittweise Umsetzung dieses Hauptziels zur Folge haben.

Zukünftig sollen in der Altstadt neben Anwohner*innen nur die Fahrzeuge fahren dürfen, die für die Sicherheit, Gesundheit und Versorgung erforderlich sind.

Eine der kurzfristigen Maßnahmen soll die verstärkte Kontrolle der bisher schon bestehenden Einfahrverbote sein, die in nicht zu akzeptierendem Umfang tagtäglich ignoriert werden. Eine der mittelfristigen Maßnahmen soll die Errichtung von Zufahrtskontrollsystemen (z.B. Poller) sein, die nur den zur Einfahrt in die Altstadt berechtigen Verkehrsteilnehmern die Durchfahrt erlauben.

Eine der langfristigen Maßnahme soll die Schaffung von Parkraumalternativen für bisher von Anwohnern zum Parken genutzte Straßenräume und Plätze sein.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Digitalstrategie der Stadt Halle (Saale)

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Herrn Siebenhüner das Rederecht erteilt.

Frau Dr. Sachse und **Herr Siebenhüner** informierten anhand einer Präsentation über die Digitalstrategie der Stadt Halle (Saale).

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass 575 Dienstleistungen über das OZG bereitgestellt werden müssen. Er fragte, ob dafür zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und wenn ja, wie viele.

Frau Dr. Sachse sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Herr Senius zum Wirtschaftsförderungskonzept

Herr Senius sagte, dass eine regelmäßige Evaluation des Wirtschaftsförderungskonzeptes beschlossen wurde. Er fragte, wann die neue Evaluation dem Stadtrat vorgestellt wird.

Frau Dr. Sachse antwortete, dass das Konzept ständig evaluiert wird.

Herr Senius bat darum, dass die neuen Evaluationsergebnisse dem Stadtrat oder dem Ausschuss vorgelegt werden.

zu 10 Anregungen	
Es gab keine Anregungen.	
Frau Winkler beendete die öffentlickeit.	che Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlich-
Für die Richtigkeit:	
Yvonne Winkler Ausschussvorsitzende	Sarah Lange Protokollführerin